

DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER ◦ STREBE ◦ ZUM ◦ GANZEN ◦ UND ◦ KANNST ◦ DU ◦ SELBER ◦ KEIN ◦ GANZES ◦ WERDEN
ALS ◦ DIENENDES ◦ GLIED ◦ SCHLIESS ◦ AN ◦ EIN ◦ GANZES ◦ DICH ◦ AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 48

Charlottenburg, Freitag, den 30. November 1906

Jahrg. 33

Sperren.

Vollsperrungen in Deutschland: Brambach i. Voigtland (Reinhardt & Köhler). Düsseldorf (Hohmann). Elsterwerda (Steingutfabrik). Göppingen (Emaillierwerk). Lauf (Fritz Krug). Langenberg bei Gera (Buse & Büttner). Martinroda (Eger & Co.) Neuhalbensleben. (Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Sorau. Stogheim. Wunsiedel. Berlin für Schildermaler.

Halbsperrungen in Deutschland: Alexandrintal (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Elbers, Emaillierwerk). Flörsheim a. Main. Freienorla. Gräfenroda (Seene, Heißner, Eckert & Menz). Königszelt-Kranichfeld. Neustadt bei Coburg. Oeslau. Passau. Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schmiednig. Stanowitz. Zettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Brunn für Maler. Briesen bei Billn (Nesler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Jokes (Porzellanfabrik). Ligoje bei Gili in Steiermark (Schütz). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Tichy & Schönfeld in Bessau für Maler. — Ludwig Bröschold & Co., Porzellanfabriken in Dallwitz und Elbogen.

Die Bleiweissgefahr in der Keramikindustrie.

II.

= Zweifellos dürfte dieser Entwurf nach seinem Inkrafttreten manche Besserung in die bisher bestehenden Zustände bringen und wir wollen keineswegs die Absicht seiner Verfasser verkennen, die da glauben, auf diesem Wege ein weiteres Stück wirksamen Arbeiterschutzes zu schaffen. Aber trotz dieser Anerkennung können wir doch ebenso wenig mit unseren Zweifeln und Kritiken diesem Entwurf gegenüber hinter dem Berge halten.

Da ist es zuerst das Zustandekommen und die weitere Behandlung des Entwurfs selbst, welche uns zu lebhaftem Einspruch veranlassen. Uns ist nichts bekannt geworden, daß man seitens der in Frage kommenden Behörden auch nur einen Arbeiter um seine Meinung in dieser Sache gefragt habe. Die Fabrikanten dagegen hat man voll zu Worte kommen lassen und läßt es auch künstig. Es ist geradezu typisch für die ganze Art unserer Arbeiterschutzesgesetzgebung und Sozialreform, daß man auch bei ihrer Vorbereitung und Anwendung die Arbeiter nur höchst selten und ungern zu Worte kommen läßt, während man andererseits den Unternehmern die weit gehendste Möglichkeit gibt, Einsprüche geltend zu machen. So auch hier. Als im August dieses Jahres dieser Entwurf bekannt gegeben wurde, unterbreitete man denselben den Fabrikanten. Die Arbeiter beachtete man nicht und ließ sie links liegen. Wozu auch? Sind der die Arbeiter heute in Deutschland, dem „fortgeschrittensten Land der Sozialreform“ etwas anderes als nur Objekte der Gesetzgebung? Einer der ersten deutschen Staatsleiter hat es bestätigt, also handelt man auch darnach. Und kann denn schließlich der Arbeiter nicht völlig zufrieden sein, wenn man ihn einmal als Objekt der Gesetzgebung in Schutz nimmt? So dürften die Behörden denken, denn jede andere Annahme schließt ihre Haltung einfach aus.

Nun zu dem Entwurf selbst. Wir haben zugestanden, daß er manche Verbesserung in sich schließt, aber nichts desto weniger

sind diese Bestimmungen doch völlig unzulänglich. Wir verzichten darauf den Entwurf paragraphenweise durch gehen zu wollen, wir beschränken uns vielmehr darauf, einzelne besonders hervortretende Mängel zu unterstreichen. Da ist es zuerst völlig zutreffend, was die Unternehmer gegen den Paragraph 1 des Entwurfs eingewendet haben, nämlich, daß er die Grenzen seiner eventuellen Gültigkeit zu eng gezogen habe. Auch wir sind der Auffassung, daß man nicht nur die rein keramischen Betriebe in diese Bestimmungen einbezieht, sondern ihnen auch die Fabriken und Werkstätten unterstellt, die gleichfalls bleihaltige Materialien verarbeiten: die Emaillierwerke, Druckereien für Abziehbilder für die keramische Industrie zc. Freilich, den Streit darüber, welches denn nun gesundheitschädliche Bleiverbindungen sind, machen wir nicht mit. Er ist unnötig. Weiß man die gefährlichen Bleimaterialien noch nicht völlig von den „harmloseren“ zu trennen und kann man die Wirkungen beider Arten auf die Gesundheit der Arbeiter nicht aus einander halten, so wird man eben bis zur Lösung dieser Frage die Verwendung aller Bleipräparate unter diese Bestimmungen stellen müssen. Das erfordert der Schutz der Gesundheit der Arbeiter. Und ein genügender Schutz für die Arbeiterinnen fordert weiter, daß diese und die jugendlichen Arbeiter auch von dem Einfallen jener Stücke fern gehalten werden, zu deren Gestaltung bleihaltige Substanzen verwendet wurden. Darüber aber sagt § 9 nichts. Dann dünkt uns ferner die Stellung des Unternehmers den Bestimmungen sowie den Arbeitern gegenüber keineswegs in genügend klarer Weise in diesem Entwurf gezeichnet. Da vermissen wir vor allen Dingen irgend eine Bestimmung, die den Fabrikanten für die strikte Innehaltung dieser Vorschriften haftbar macht. Jede Andeutung darüber, was denn nun mit einem Unternehmer, der den ganzen Kram einfach nicht beachten will, geschieht, fehlt in dem Entwurf. Oder sagte man sich in den Kreisen der preußischen Gewerbeinspektion, daß ja doch alle Strafanordnungen gegenüber den Unternehmern für die Rag' sind, erstens weil die Revisionsbeamten äußerst schwer zu einer Anzeige kommen und eventuellen Falls die Berichte derartige Dinge sehr mild ansehen? Dann fehlt in diesen Bestimmungen aber noch etwas anders. Wenn man schon von einer strafrechtlichen Verfolgung des schuldigen Unternehmers absehen will, warum schafft man nicht die Möglichkeit, den Arbeitgeber privatrechtlich für seine Unterlassungssünde gegenüber dem Arbeiter haftpflichtig zu machen? Man wird uns hier entgegen halten, daß ein derartiger Passus in solche Verfügung nicht gehört, diese Sache vielmehr der Gesetzgebung vorenthalten ist und ohnedies durch das Bürgerliche Gesetzbuch geregelt sei. Aber wenn das schon der Fall ist und der Unternehmer überdies in seiner Haftpflicht fast gänzlich durch die Berufsgenossenschaften abgelöst ist, so bleibt doch noch der Mangel bestehen, daß in vielen Fällen die Berufsgenossenschaften Bleiweisserkrankungen nicht als entschädigungsberechtigte Unfälle im Beruf angesehen haben. Und bei der jetzt herrschenden Spruchpraxis des Reichsversicherungsamts ist an eine durchgreifende Korrektur dieser Auffassung nicht zu denken. So bleibt also der Arbeiter nach wie vor zwischen Baum und Borke. Er soll geschützt sein und ist es doch nicht. Ebenso verhält es sich mit der Frage der Kostendeckung der zur Durchführung dieser Bestimmungen erforderlichen Utensilien und Einrichtungen. Die Paragraphen 13, 15 und 16 verpflichten den Unternehmer zur Lieferung von Schutzkleidung, von Wasch- und Badegelegenheit, sowie zur Einführung einer ärztlichen Kontrolle. Aber in keinem Paragraphen ist gesagt, daß der Arbeitgeber diese Verpflichtungen auf eigene Kosten aus zu führen

hat und den Arbeitern dieselben in keiner Form aufhalten darf. Man kennt doch die Praxis unser Unternehmer. Zumeist verstehen sie es durchweg ganz meisterhaft, die sämtlichen Kosten solcher Verfügungen auf die Arbeiter ab zuwälzen. Wir erinnern hier z. B. nur an eine Porzellanfabrik in Rehau. Dort sollten sich die betreffenden Arbeiter die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 17. Juni 1905 erlassenen und durch Bezirksamts-Erlaß in Bayern auch auf die Porzellanmalereien ausgedehnten Schutzvorschriften erforderliche Schutzkleidung auf eigene Kosten anschaffen. Hierüber tut also eine unzweideutige Bestimmung unbedingt not. Und zuletzt — was uns mit die Hauptfrage bei solcher Verfügung ist — fehlt in den Bestimmungen jede Kontrolle der Ausführung jener Schutzvorschriften durch die Arbeiter. Man begnügt sich damit, die Unternehmer zur Kontrolle über sich selbst an zu halten. Der Arbeiter bleibt wieder einmal Objekt. —

So mangelhaft also dieser Entwurf noch für die Arbeiter ist, um so viel zu weit gehend kommt er den Arbeitgebern vor. Freilich kann diese Haltung nicht überraschen. Seit den letzten Jahren ist keine Generalversammlung der organisierten Unternehmer in der Porzellan- und Steingutbranche vorüber gegangen, auf der man nicht wütend gegen die ganze Aufrollung dieser Frage geklämpft hätte. Man ahnte, daß etwas kommen würde und um im vornherein auf alles gerüstet zu sein, steckten die Herren selbst die Köpfe zusammen, öffneten ihre vor Arbeiterfürsorge überquellenden Herzen und suchten ihrerseits die Bleiweißfrage zu lösen ehe noch die Regierung ihnen in den Kram pfuschte. Aber die Geschichte hatte einen Haken: Die eventuelle Minderung des Profits in Verbindung mit den technischen Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieses Problems in den Weg stellten. Doch die eingesetzte Kommission überwand alle Hemmnisse und erklärte einfach: Eine Fortlassung des Bleis in den Steingutglasuren, Farben etc., sei unmöglich; und die letzte Generalversammlung der Unternehmer machte diese Erklärung zu der ihrigen. Lange Gutachten, Untersuchungs-Ergebnisse wurden veröffentlicht, man petitionierte an den Reichskanzler, sagte den Ruin der ganzen Industrie voraus, wenn etwa einschneidende Schutzbestimmungen geschaffen werden sollten und lehnte es dann großmütig ab, selbst Schutzvorschriften für die Arbeiter durch Vereinbarungen unter einander zu schaffen. So wies die Generalversammlung von 1906 einen dahingehenden Antrag Cramer zurück. Zwar hatte man sich das Jahr zuvor in einer Petition an den Reichskanzler zur Durchführung und Innehaltung von sanitären Vorschriften bereit erklärt, in diesem Jahre war aber auch dieses Tröpfchen sozialen Oels verdunstet. Dagegen nahm man aber eine Resolution an, die noch einmal die Unerseßlichkeit des Bleies für die Steingut- etc. Fabrikation betonte und welche die Herren zu weiteren „Untersuchungen“ verpflichtete. Um die Arbeiter kümmerte man sich nicht weiter.

Nun aber wurde diese fortwurstelnde Ruhe durch den Entwurf der preußischen Gewerbe-Inspektion unterbrochen. Das nahmen die Herren natürlich sehr krumm und ohne Zögern legten sie gegen die Bestimmungen los. Darin haben sich ja die Unternehmer noch nie geniert, den Behörden, die ihnen sonst immer ein Rühmlichkeitsstück sind, in dem Augenblick, wo dieselben eine scheinbar nur zugunsten der Arbeiter ausschlagende Handlung begehen wollen, die verstecktesten Grobheiten zu sagen. Und so erklärte denn auch der „Sprechsaal“, im Anschluß an die Wiedergabe jenes Entwurfs, denselben für „direkt unannehmbar und unausführbar“. Es seien „unpraktische Entwürfe vom grünen Tisch aus“ und was dergleichen Lebenswürdigkeiten mehr waren. Nach diesem verärgerten Hönen aber brach das Gejammer über die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs los. Erbürde den Unternehmern unerschwingliche Kosten auf, die älteren Betriebe könnten diesen Vorschriften nicht nachkommen, kleinere würden dabei zu Grunde gehen und durch die Einschränkung der Verwendung jugendlicher und weiblicher Arbeitskräfte würde die ganze Steingutindustrie lahm gelegt werden. Das alles sei ein geradezu frechhaftes Beiraten laien. Die Behörden wußten mehr, da man ja nach Auffassung der Unternehmer, von einer eigentlichen Bleiweißgefahr in der Keramikindustrie nicht reden könne. Also die alten Standpässe, die schon immer die Unternehmer unfähig für jedes Verständnis einer auch noch so bescheidenen Arbeiterschutzesetzgebung gemacht haben. Und unsere „Arbeiterfreunde“ in der Keramikindustrie hatten es bequem. Sie brauchten nur auf die Beschlüsse ihrer Generalversammlung zurück zu greifen, ihrer alten Abneigung gegen eine ernste Beseitigung der Bleiweißgefahr zu gedenken, und ihre Stellung zu dem Entwurf erforderte keine neue Ueberlegung oder Prüfung der Frage. Sie betrachteten die ganze Geschichte nur vom Standpunkt ihrer Profitinteressen. Die Kostenfrage spielt für sie die Hauptrolle. Arbeiterschutz ist ganz gut und

kein noch so rabiaten Unternehmer bringt es fertig, die Notwendigkeit dieses Schutzes radikal zu leugnen. Im Gegenteil: Mit dem Munde sind die guten Leute samt und sonders begeisterte Anhänger der Bestrebungen, die Kraft und Gesundheit dem Arbeiter wahren sollen. Aber der Teufel hole die ganze Komödie, wenn sie Geld kostet und die unumschränkte Gebietsgewalt des Unternehmers auch nur im geringsten beengen sollte. Dann bricht offen und rückhaltlos der eigentliche Charakter dieser „Arbeiterfreunde“ durch. Der Arbeiterschutz wird zum Arbeitertrug, Regierungsverehrung wird zur Regierungsverhöhnung und von dem ganzen überquellenden Gefühl eifrigsten Reformverlangens bleibt als Rest nichts weiter übrig als eine Menge schlechten Willens. Und er genügt leider noch immer die Arbeiterschutzbestimmungen in der Praxis so gut wie wirkungslos zu machen.

Die Stellung der Arbeiter gegenüber den Arbeiterschutzbestimmungen ist durch diese Haltung der Unternehmer von selbst gegeben. Wir haben ja schon anfangs unserer Ausführungen unsere Ansichten zu dem vorliegenden Entwurf in sachlicher Beziehung geäußert. In prinzipieller Hinsicht ist dem nur wenig hinzuzufügen. Wir halten Arbeiterschutzbestimmungen auf dem Wege der Gesetzgebung und Verordnung so lange für unbedingt nötig, als der Unternehmer eine Selbstzügelung seiner Ausbeutungsperioden gegenüber dem Arbeiter nicht kennt und andererseits diesem die vollste Entfaltung eines freien Koalitionsrechts nicht ganz und gar gewährleistet ist. Aber wir wissen ferner, daß es die Schutzbestimmungen allein auch nicht tun. Was nützen dieselben — selbst wenn sie von dem Unternehmer formell beachtet werden — wenn es dem Arbeiter durch eine miserable Bezahlung seiner Arbeit, durch ein raffiniert ausgeklügeltes Akkordsystem unmöglich gemacht wird, diese Vorschriften, die doch häufig mit Zeitverschwendung und Beschränkung der Beweglichkeit verbunden sind, inne zu halten? Die Unternehmer freilich wissen auch da einen Ausweg, um dieser für ihren Profit recht bedenklichen Frage aus dem Wege zu gehen. So forderte denn der „Sprechsaal“, daß in diese Bestimmungen auch ein Passus aufgenommen werden soll, nach dem Arbeiter, die diesen Vorschriften nicht genügten, mit polizeilichen Strafen belegt werden könnten. Ein brillanter Ausweg, die schrankenlose Ausbeutung durch eine neue Brutalität zu verdecken!

Wir sehen aber auch in derartigen Bestimmungen durchaus nicht den Ruin des ganzen Gewerbes oder auch nur eines einzigen Betriebes liegen. Es ist einfach Unsinn, eine solche Behauptung auf zu stellen. Noch ist kein Unternehmer an den Lasten, die ihm der Arbeiterschutz auf erlegte, zu Grunde gegangen. Und auch dieser Entwurf wird keinen Porzellan- oder Steingutfabrikanten dem Gerichtsvollzieher ausliefern. Die beispiellos hohen Gewinne der Unternehmer in der keramischen Industrie machen jede derartige Befürchtung lächerlich. Wir sind im Gegenteil der Meinung, jede Industrie und nicht zum wenigsten die keramische könnte die Belastung sehr gut vertragen. Umso mehr, da sie dem Schutze der Arbeiter gewidmet wird. Dem Schutze des Körpers und der Gesundheit des Arbeiters müssen alle andere Interessen untergeordnet sein und werden. Hängt doch von einer gesunden und kräftigen Arbeiterschaft nicht nur eine Industrie, sondern der Staat, die Gesellschaft ab.

Freilich, die Unternehmer und ihre Freunde werden anderer Meinung sein. Für sie gibt es Rücksichten für den Arbeiter nicht. Um so mehr haben wir Veranlassung, unseren Ansichten Geltung, Achtung und Verwirklichung in der Praxis zu verschaffen. Geschieht das nicht mit den Unternehmern, dann werden wir es ohne dieselben tun. Auch auf die Behörden werden wir uns nicht verlassen. Jeder wirkliche Arbeiterschutz setzt erst dann und dort an, wenn und wo eine starke Arbeiterorganisation hinter ihm steht und ihm Anerkennung und Wirkung verschafft. — So wird es auch mit der Bleiweißfrage und Gefahr werden. So lange Behörden und Unternehmer allein darüber zu befinden haben, werden die Bestimmungen über die Niederschrift nicht hinaus kommen. Erst die Mitwirkung der organisierten Arbeiter wird ihren praktischen Wert verleihen. Und dieses Ziel zu erreichen, wird unser Bemühen sein und wenn die Fabrikanten noch so herzerbarmend den Ruin „ihrer“ Industrie voraus künden sollten.

Die Fleischnot.

Wir stehen im Zeichen der Teuerung; die Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse sind zu einer Höhe angestiegen, die man früher für unmöglich gehalten hat, und noch scheint ihr Höchststand nicht erreicht zu sein. Die Ursache dieser Erscheinung ist keine natürliche; während sonst eine ungünstige Ernte Teuerung im Gefolge hat, läßt der Ausfall der Ernte in diesem Jahre im

allgemeinen nichts zu wünschen übrig, das deutsche Volk könnte mit billigen Nahrungsmitteln versehen werden, wenn es sich nicht einer Regierung erfreute, welche die Aushungerung der Massen als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet. Das schlimmste dabei ist, daß sich die Regierung bei ihrer Politik in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Volksvertretung befindet. Ist doch der Zolltarif, der den später abgeschlossenen Handelsverträgen zur Grundlage diente, vom Reichstag mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen worden, freilich erst, nachdem die Minderheit durch unerhörte Gewaltakte vergewaltigt und mundtot gemacht worden war.

Die Zollkampagne, die mit der denkwürdigen Reichstagssitzung in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 1902 ihr vorläufiges Ende fand, wurde von den Mehrheitsparteien des Reichstags unter der Parole „Schutz der Landwirtschaft“ geführt. Um den Landwirten die Möglichkeit zu gewähren, für ihre Produkte höhere Preise zu erzielen, mußte die Zufuhr aus dem Ausland nach Möglichkeit beschränkt werden, aber der Nutzen kommt naturgemäß nur denjenigen Grundbesitzern zugute, die in der Lage sind, zu produzieren. Das ist aber nur eine kleine Zahl, der weitaus größte Teil der Landwirte hat nichts zu verkaufen, und viele müssen sogar noch Lebensmittel kaufen, weil ihr Landbesitz nicht ausreicht, sie zu ernähren.

Man hat zur Begründung der hohen Zollsätze die widersprechendsten Argumente ins Feld geführt. So wurde behauptet, daß Deutschland imstande sei, seinen Bedarf an Brot und Fleisch selbst zu produzieren, nur müsse dafür gesorgt werden, daß die Preise eine Höhe erreichen, die zur intensiven Produktion anreizen; auf der anderen Seite erklärte man aber wieder, daß das Ausland den Zoll zahle, so daß durch ihn eine Verteuerung der Waren nicht eintrete. Oft genug ist die Unhaltbarkeit dieser Argumentation nachgewiesen worden, aber vergeblich. Waren es doch nicht allein die direkt interessierten Agrarier, die für hohe Zölle Propaganda machten, sondern auch Leute, die vorgeben, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die Führer der christlichen Gewerkschaften, gingen für die Zollwucherer ins Zeug, und ihnen gebührt das Verdienst, mit-schuldig zu sein an der heute herrschenden Teuerung.

Es gibt kaum einen Konsumartikel, der von der Preissteigerung verschont geblieben ist. So stieg, um nur einige Beispiele anzuführen, der Preis der Tonne Weizen, von 159 Mk. im Jahre 1903 auf 176,50 Mk. im Jahre 1906, der des Roggens gar von 129 auf 158 Mk. Im annähernd gleichen Verhältnis hat sich natürlich auch der Preis des Mehles und der Backware erhöht. Besonders drastisch kommt die herrschende Teuerung in den Geschäftsberichten der Konsumvereine zum Ausdruck. In dem großen Konsumverein in Leipzig-Plagwitz hat der Umsatz pro Mitglied eine Steigerung erfahren von 329,70 Mk. im Jahre 1904 auf 341,30 Mk. im Jahre 1905 und 373 Mk. im Jahre 1906, aber der Warenumsatz ist deshalb nicht gestiegen. Trotzdem das einzelne Mitglied im Jahre 1906 mehr Geld an den Konsumverein bezahlt hat, hat es nicht mehr Waren dafür bekommen als im Vorjahr. Gelegentlich der Beratung einer Eingabe von Staatsunterbeamten um Gewährung einer Teuerungszulage legte die württembergische Regierung der Kommission des Landtags das Ergebnis einer von ihr vorgenommenen Erhebung war. Dieser Erhebung wurden die im Dezember vorigen Jahres gezahlten Lebensmittelpreise zugrunde gelegt und nach diesen der Jahresaufwand für eine fünfköpfige Familie an Fleisch, Brot und Milch auf 630,30 Mk. berechnet. Vergleicht man damit aber die Preise, die für diese Nahrungsmittel im September dieses Jahres bezahlt wurden, dann ergibt sich ein jährlicher Mehraufwand von 88 Mk., wovon 73,90 Mk. allein auf die Fleischpreise entfallen.

Das sind amtliche Zahlen, deren Richtigkeit nicht bestritten werden kann, sie lassen aber die Wirkung der Teuerung nicht vollständig erscheinen, da sie sich nur auf einen Teil des Lebensunterhaltes beschränken, während auch die sonstigen Lebensbedürfnisse, die hier nicht berücksichtigt sind, ebenfalls ganz erheblich im Preise gestiegen sind. Doch geht aus ihnen soviel hervor, daß sich die Teuerung am weitesten beim Fleisch bemerklich macht. Die Ursache dieser Erscheinung liegt auf der Hand. Die deutsche Landwirtschaft und Viehzucht ist nicht in der Lage, den heimischen Bedarf zu decken, und Deutschland ist trotz der Behauptungen der Agrarier und ihrer Freunde auf die Zufuhr vom Ausland angewiesen. Durch die hohen Zölle wird der Preis der eingeführten Waren künstlich erhöht, und der inländische Produzent ist in der Lage, für ihn sehr angenehme Preise zu erzielen. Dieses Verhältnis tritt beim Getreidepreis deutlich in Erscheinung, bei den Vieh- und Fleischpreisen kommt aber noch ein sehr wesentliches Moment hinzu. Für die Einfuhr von lebendem Vieh und frischem Fleisch aus dem Ausland

existieren nämlich so erschwerende Bedingungen, daß die trotzdem erfolgende Einfuhr kaum in Betracht kommt. Im Jahre 1894 wurde die Einfuhr von Rindern und Rindfleisch in frischem Zustand aus Amerika verboten, im gleichen Jahre wurde verboten die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen aus Frankreich, Belgien, Holland und England, seit dem Jahre 1895 dürfen auch keine Schweine aus Dänemark eingeführt werden. Das von dort eingeführte Rindvieh wird einer zehntägigen Quarantäne und der Tuberkulinprüfung unterzogen, wodurch die Einfuhr erschwert und verteuert wird. Seit dem Jahre 1900 existiert das Verbot der Wurst- und Büchsenfleischinfuhr, und die Bestimmungen des Reichs-Fleischbeschau-Gesetzes haben die Einfuhr ausländischen Fleisches wesentlich eingeschränkt. Zu all diesen Hemmnissen kamen in diesem Jahre die erhöhten Zollsätze für Vieh und Fleisch und eine Verschärfung der Bestimmungen für das ausländische Fleisch.

Die ganze deutsche Politik verfolgt nur das eine Ziel, den Agrariern gefällig zu sein. Es ist eine kleine, aber einflussreiche Clique, die den maßgebenden Einfluß im Reiche ausübt und die es durchsetzen konnte, daß das ganze Volk Hunger leidet, während die Angehörigen dieses Kreises im Ueberfluß schwelgen. Mit einer verblüffenden Unverschämtheit verfolgen die Herren ihr Ziel. So ist kürzlich bekannt geworden, daß die Agrarier im vorigen Jahre fürchteten, der große Mangel an Schweinen, der sich besonders in Oberschlesien bemerklich machte, könne zur Oeffnung der Grenzen führen. Um dem vor zu beugen, wurden größere Mengen von Schweinen nach dort dirigiert und damit der Anschein erweckt, als sei die Not behoben. Die Kosten dieser Manipulationen — es handelte sich um ein Schweinegeschäft, das den Händlern bedeutende Verluste brachte — wurden von den preussischen Landwirtschaftskammern getragen, also von staatlichen Institutionen, die dem bisherigen Landwirtschaftsminister v. Boddienst unterstanden, welcher als großer Schweinezüchter selbst ein nicht unerhebliches Interesse an hohen Schweinepreisen hat.

Wir haben es in Deutschland glücklich so weit gebracht, daß wir von allen Ländern die höchsten Brot- und Fleischpreise haben. Das ist eine Folge unserer herrlichen Wirtschaftspolitik, für welche neben der Regierung auch die Mehrheit der Volksvertretung verantwortlich ist. Dem Unverstand der Wähler ist es zu danken, daß der Reichstag in seiner Mehrheit aus Männern besteht, die der Junkerkaste zuliebe dem Volke unerschwingliche Lasten auferlegen. Daß die Konservativen in ihren verschiedenen Schattierungen ebenso wie die Nationalliberalen die Interessen der besitzenden Klassen wahrnehmen, kann niemanden wundern; um so notwendiger ist es aber, immer wieder das Zentrum als volksfeindliche Partei an zu klagen. Das Zentrum, das trotz seiner Volksfeindschaft noch einen großen Anhang unter den Arbeitern besitzt, hat in dem Zollwucherfeldzug die Führung übernommen, und ihm vor allem ist die gegenwärtige Teuerung zu danken. Und als getreue Helfer und Zutreiber des Zentrums haben sich die christlichen Gewerkschaften erwiesen, deren Führer für hohe Zölle agitiert haben. Die christlichen Arbeiter leiden unter der Fleischnot nicht minder als die von ihnen so gehaßten Angehörigen der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften; während aber diese von vornherein die Zollwucherpläne bekämpften, müssen sich die christlichen Gewerkschaften sagen, daß sie die heutigen Zustände selbst verschuldet haben.

Ob der immer lauter tönende Ruf nach Oeffnung der Grenzen Erfolg haben wird, läßt sich nicht absehen. Wir dürfen uns aber nicht darauf beschränken, in diesen Ruf ein zu stimmen, sondern wie überall, so auch hier den Ursachen der Erscheinung nach gehen und sie klar legen. Daneben muß unser Streben darauf gerichtet sein, die ungünstigen Einwirkungen der volksfeindlichen Politik nach Kräften ab zu wehren. Wären die Arbeiter nicht organisiert, dann würden wir die Folgen der Teuerung zweifellos in noch erheblich stärkerem Maße zu spüren bekommen, als das ohnehin der Fall ist. Können wir auch mittelst der Gewerkschaften den Eintritt der Teuerung nicht verhindern, so vermögen wir doch mit ihrer Hilfe die schlimmsten Wirkungen derselben ab zu wehren, und wir können das um so besser, je stärker die Gewerkschaften sind.

Verbandsangelegenheiten.

Verwaltungswahlen für 1907.

Laut § 32 Abs. 1 des Verbandsstatuts sind im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellen-Verwaltungen vor zu nehmen.

Hierzu wollen die Verwaltungen Folgendes beachten: Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer sind jeder in

einem besonderen Wahlgange mittelst Stimmzettel zu wählen. — Für Zahlstellen von 50—100 Mitglieder ist außerdem ein Beisitzer zu wählen; für je weitere angefangene 50 Mitglieder ist ein weiterer Beisitzer zu wählen. Die Wahl der Beisitzer muß ebenfalls per Stimmzettel, kann aber jedoch in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen.

In der gleichen Weise sind 1—3 Revisoren zu wählen. Die Wahl von Stellvertretern ist im Statut nicht vorgesehen und demzufolge nicht erforderlich. — Je nach Bedürfnis können auch Unterkassierer gewählt werden (§ 32 2 Abs. d. St.); einen statutarischen Anspruch auf Entschädigung, wie der Kassierer, haben dieselben jedoch nicht. Etwaige diesbezügliche Vereinbarungen mit den Kassierern müssen den Letzteren überlassen bleiben.

An Orten, an welchen der Gründung von Zahlstellen Hindernisse entgegen stehen, sind in öffentlichen Versammlungen Vertrauensmänner auf zu stellen und dem Vorstand in Vorschlag zu bringen, welcher dieselben dann als Vertrauensleute der am Ort befindlichen Einzelmitglieder ernennt. — In derselben Versammlung, in welcher die Verwaltungswahlen vollzogen werden, ist auch ein Organ-Empfänger zu wählen. Es empfiehlt sich, hierfür den Kassierer zu bestimmen, weil demselben sämtliche Verwaltungsmaterialien zugesandt werden müssen, welche dann den Organisierungen beigelegt werden können.

Um eine ausreichende Kontrolle der Mitglieder zu ermöglichen, welche Krankengeld-Zuschuß beziehen (§ 23 Abs. 14 d. St.), dürfte es sich empfehlen, in jeder Zahlstelle einen oder mehrere Kontrolleure zu wählen.

Ferner sind in derselben Versammlung die nach § 3 der Bestimmungen für die Agitationsbezirke erforderlichen Wahlen (in den Vororten eine Kommission von 3 Personen, in den übrigen Orten je ein Vertrauensmann) zu vollziehen.

Wählbar in die Zahlstellen-Verwaltungen sind alle Mitglieder, welche mindestens 3 Monate dem Verband angehören. (Bei neu gegründeten Zahlstellen findet letztere Bestimmung keine Anwendung.) Der Vorsitzende und der Schriftführer, welche die Zeichnung für die Zahlstelle zu vollziehen haben, müssen großjährig sein. Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Mitglieder, welche bereits ein Jahr lang der Verwaltung oder den Revisoren angehört haben, sind allein zur Ablehnung der Wahl berechtigt, jedoch ist ihre Wiederwahl statthaft. — Mit Nr. 46 der „Ameise“ erhalten die Organ-Empfänger jeder Zahlstelle ein Formular, in welches die Mitgliedsnummern und Namen der Gewählten in deutlich lesbarer Schrift und mit genauer Angabe der Wohnung, (Straße und Hausnummer) ein zu tragen sind.

Auch die neu gegründeten Zahlstellen wollen ein ausgefülltes Formular ein senden.

Dieses Formular ist von der Verwaltung zu unterzeichnen und spätestens bis zum 7. Januar 1907 an den Unterzeichneten ein zu senden.

Johann Schneider,
Verbandschriftführer.

Für die Zahlstellen-Bibliotheken!

Im Interesse der theoretischen Ausbildung unserer Mitglieder in Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung hat der Vorstand eine größere Anzahl folgender Werke zu einem Ausnahmepreis erworben:

Webb. „Die Geschichte des britischen Trade-Unionismus.“

Webb. „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften.“ (2 Bände)

Rogers. „Geschichte der englischen Arbeit.“

Die Bücher sind sauber gebunden und den Zahlstellen besonders zur Bervollständigung der Zahlstellenbibliotheken zum Ankauf empfohlen. Jeder Band kostet 2,50 Mk. — Wenn nur alle Bände zusammen geliefert werden, — Einzahlungsgesamt sind ausgeschlossen. Die Portokosten trägt die Verbandskasse. Die Zahlstellen, welche die Bücher bestellen, zahlen den Betrag dafür in dem 12 pSt.-Fonds in Ausgabe und in der L. A. Kasse in Einnahme zu stellen.

Auch auf einzelne Mitglieder kann die Kollektion zu demselben Preis abgegeben werden, doch tragen die Bezüher in diesem Falle die Portokosten in Höhe von 50 Pfg. Es ist dann der Gesamtbetrag von 10,50 Mk. im Voraus an den Verbandskassierer ein zu senden.

Die Bestellungen werden nach Reihenfolge der Eingänge erledigt und sind umgehend an das Verbandsbureau zu richten.

Der Vorstand.

Bekanntmachung!

Die Zahlstellentassierer sind schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß gemäß § 40, Ziffer 4 des Statuts

und § 7, Ziffer 3 h der Kassenordnung nur an ausgewählte Mitglieder freiwillige Unterstützung aus dem 12 pSt.-Fonds gezahlt werden darf und doch finden sich immer wieder Kassierer, die diese Bestimmung außer acht lassen, indem sie an jedes durchreisende Mitglied freiwillige Unterstützung aus Mitteln des 12 pSt.-Fonds zahlen.

Die betreffenden Kassierer werden nunmehr darauf aufmerksam gemacht, daß künftig jede Ausgabe an freiwilliger Unterstützung, welche der angeführten statutarischen Bestimmung nicht entspricht, unweigerlich von der gestellten Kaution in Abzug gebracht wird. W. Herden.

117. Vorstandssitzung vom 12. November 1906.

Entschuldigt fehlen Burmann und Korn.

Mit der Einreichung einiger Forderungen, darunter die auf Verärgerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag, bei der Firma Rollmann & Tovar in Ahlen, erklärt sich der Vorstand einverstanden. — Ueber die Firma Eger & Co. in Martinroda wird die Sperre verhängt und den dort beschäftigten Mitgliedern Verhaltensmaßregeln gegeben, nachdem die Firma die angekündigte Lohn-Reduzierung nicht zurück ziehen will. Im Anschluß an einen Bericht von Unterweißbach wird einigen Mitgliedern Maßregelungs-Unterstützung gewährt. — Von Fürstenberg a. O. beantragte Delegation eines Vorstandsvertreters wird abgelehnt. — Einigen Mitgliedern in Raghütte wird die beantragte Entschädigung bewilligt. — Situationsberichte von Langenberg und Sorau werden zur Kenntnis genommen. — Auf Zuschriften von Arnstadt und Neuhaus a. R. wird Vertagung und Rückfrage beschlossen. — Eine Zuschrift der General-Kommission, sowie Mitteilungen von Düsseldorf und Straßburg i. E. sind mit Kenntnisnahme erledigt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Auswanderung. Es ist eine alte Erfahrung, daß mit der Verteuerung der Lebensmittel in einem Lande die Auswanderung der Arbeiter aus diesem Lande einen bedeutend größeren Umfang annimmt, als wie das sonst der Fall ist. Wenigstens haben wir in Deutschland die Folgen einer Lebensmittel-Verteuerungspolitik schon zu Bismarcks Zeiten erlebt, wo im Anschluß an die Grenzsperrn die Auswandererziffern in erheblichem Maße stiegen. Das Gleiche befürchtet man jetzt, wo die neuen im März dieses Jahres in Kraft getretenen Handelsverträge eine ganz unglaubliche Teuerung mit sich brachten. Und interessant ist nun besonders, wie auch die Unternehmer beginnen, gegen diese Politik auf zu mucken. Nicht, daß sie bei ihrem Einkommen persönlich unter der Teuerung litten, sondern im Hinblick auf die immer unruhiger werdenden Arbeiter opponieren sie gegen diese Auswanderung des Volkes. Von besonderem Interesse für uns ist daher jene Auslassung eines „erfahrenen und hoch geschätzten Fachgenossen“ in Nr. 46 vom „Sprechsaal“, in der derselbe auf die Folgen der Hungerzolltarif-Politik für die feinkeramischen Branchen hin weist. Dieser Fabrikant — denn zweifellos ist es ein solcher — sieht zwar in den neuen Handelsverträgen keine direkte Gefahr und neue Belastung für die deutsche Keramindustrie, aber eine umso größere Schwierigkeit erwache dieser Industrie durch die Lohnforderungen der Arbeiter, hervorgerufen durch die erhebliche Verteuerung aller Lebensmittel. — Der Unternehmer muß selbst sagen: „Der Arbeiter braucht und verlangt höheren Lohn als bisher, soll seine gesamte Lebenshaltung nicht zurück gehen und er ferner vorwärts kommen.“ Dieses Zugeständnis eines Fabrikanten ist eine erfreuliche Erscheinung und wir wünschten nur, daß alle unsere Kollegen und Kolleginnen recht bald derselben Auffassung sein möchten. Es wäre manches dann besser bei uns. Doch der betreffende „Fachgenosse“ schränkt seine Ansicht sofort dadurch ein, daß er sagt, die Forderungen könnten nun aber durchaus nicht den steigenden Anforderungen der Arbeiter genügen. Das verbiete nicht zum wenigsten die Auslandskonkurrenz. Es würde nichts weiter übrig bleiben, als daß die gewandten deutschen Arbeiter ins Ausland wanderten, um dort bei billigeren Lebensmittelpreisen zu helfen, der deutschen Keramindustrie erheblichen Schaden zu bereiten. Diese Verluste würden aber für die deutsche keramische Branche unerfüllbar sein, besonders da von einer Verlegung der inländischen Betriebe ins Ausland nicht gut die Rede sein könne. — Wir können dem erfahrenen „Fachgenossen“ nicht so Unrecht geben. In der Tat könnten die gefürchteten Folgen eintreten. Aber es trifft nicht zu, daß die deutsche Keramindustrie eine entsprechende Erhöhung der Arbeiterlöhne nicht vertragen könne. Die Verdienste der deutschen Porzellaner stehen in vielen hinter denen in anderen Ländern zurück und die Gehälter der deutschen Porzellanfabrikanten sind — wie wir ja schon vor einiger Zeit nachgewiesen haben — derart hohe, daß alle anderen Industriezweige zurück bleiben. Will man also der drohenden Auswanderungsgefahr wirksam entgegen treten, so genüge man den berechtigten

Ansprüchen der Arbeiter, so erhöhe man die Löhne und ermögliche es den Arbeitern „ferner vorwärts zu kommen“. — Auf all das andere was der „hoch geschätzte Fachgenosse“ empfiehlt — u. a. eine energische Opposition der Fabrikanten gegen die Zollpolitik der Regierung — geben wir nichts. Wir kennen unsere Pappenhäuser. In letzter Linie überläßt man es ja doch den Arbeitern, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Nur werden wir jetzt dafür sorgen, daß dabei auch der Arbeiter selbst zuerst auf seine Rechnung kommt.

Vom Geschäftsgang. Die „Rundschau“ bringt wieder einmal — dieses Mal jedoch aus einem anderen Blatt — eine Abschreckungsnotiz für Neugründer in der Porzellanindustrie. Alles in allem soll es darnach für die Zukunft ziemlich faul mit dem Gebrauchsgeschirr, Luxusporzellan, mit Steingut und Majolika aussehen. Wir haben noch nie viel auf diese Untertöne gegeben. Umso weniger, als diese Warnungssignale von den Unternehmern nur dann gegeben werden, wenn es ihnen gut geht. Kracht es wirklich, dann freuen sich diese guten Leute doch höchstens; denn kaputt geht ja bei dem allgemeinen Aufräumen nur der Kleine. Angenehmer und schneller kann „man“ ja die Konkurrenz gar nicht los werden. — Was diese Angstartikel auf sich haben, beweist aber auch wieder ein Artikel in der neuesten Nummer des „Gen. Anz. f. d. keram. Industrie“. In demselben wird auf die verlogenen Stimmungsberichte ausländischer und inländischer Fachblätter hin gewiesen, die betonten, daß es zum Beispiel mit dem deutschen Geschäft in Porzellan-Kinderservisen, Kochgeschirren zc. sehr mis aussehe. Dem gegenüber trifft der „Gen. Anz.“ nun folgende Feststellungen: „Grade Deutschland steht in der Fabrikation dieser Artikel wohl einzig da und versorgt damit fast die ganze Welt. Es wird sich diesen Vorrang auch dadurch nicht nehmen lassen, daß ein anderes Material wie Emaille oder gar Blech das Porzellan bei der Herstellung von Kinder-Servisen verdrängen oder ihm auch nur merklichen Abbruch tun könnte. Hieran ist vor der Hand gar nicht zu denken. Daß dieses Bestreben der betreffenden Fabrikanten von den Händlern und dem kaufenden Publikum vollkommen gewürdigt wird, beweist die bedeutende und fortlaufend sich steigende Nachfrage in Porzellan-Kinderservisen. So werden z. B. Händler, die ihren Bedarf nicht zeitig zur Frühjahrsmesse beim Fabrikanten decken oder erst später zum Sommer bezw. Herbst, schon mit verspäteter Lieferung rechnen und darauf gefaßt sein müssen, eventuell nichts zu erhalten, da manche Fabriken so mit Aufträgen versehen waren, daß sie spätere Bestellungen ablehnen mußten. Aus dem Angeführten geht zur Genüge hervor, daß die Fabrikation in Kinderservisen keineswegs nach gelassen hat oder fast gänzlich lahm gelegt ist, sondern daß sie auf einer Höhe augenblicklich steht wie wohl nie zuvor.“ — Wir begnügen uns mit dieser Gegenüberstellung, sind aber der Meinung, daß der Arbeiter jeder Zeit auf dem Posten sein und seine Rechte wahren soll.

Sorau. In dem Betriebe des Herrn Böhme jr. wird es anscheinend immer gemüthlicher. Jedenfalls aus Aerger, daß der temperamentvolle Procurist einsehen muß, daß es nicht so leicht ist Arbeitswillige zu bekommen, wie er es sich vordem gedacht hat, fängt der Mann an, seinen Groll an Lehrlingen aus zu lassen. Einen von demselben ohrfeigte er und hieß ihn „Lausejungen“. Bei dem Procuristen sitzen demnach die Schimpfworte ziemlich locker. Ferner berichtet man uns noch: Böhme annonziert hauptsächlich in schlesischen Zeitungen, aber auch in einer Gubener Zeitung und in Belten (Fürstenwalde) werden Arbeitswillige gesucht. Diese während mehrerer Wochen erschienen Inserate haben nun endlich Erfolg gehabt. Ein Bildhauer aus Mallwitz ist hier eingetroffen und wird im Tellerdrehen unterrichtet. Diese Sorte Teiler wird wohl recht teuer werden, wenn man in Erwägung zieht, daß Dreher, welche vier Jahre gelernt haben, diese Teller Schwierigkeiten machen. Die Firma hatte auch in Oesterreich Glück mit ihren Gesuchen. Ein Maler aus Stetermark und ein Dreher aus Karlsbad trafen kürzlich hier ein, reisten aber sofort wieder ab, als sie erfuhren, daß hier gestreikt wird. Wir erwarten also, daß der Zuzug der Kollegen nach Sorau nach wir vor unterbleibt.

Tambach. Einem uns zu gegangenen Bericht über die Arbeitsverhältnisse in der Porzellanfabrik von Gebrüder Beck entnehmen wir, daß dort die Arbeiter und Arbeiterinnen das Licht und auch das Nehren der Arbeitsräume bezahlen müssen. Dabei werden bei zehnstündiger Arbeitszeit verdient von den Gießern 9 bis 16 Mt.; von den Malern 8 bis 16 Mt., von den Brennhäuserarbeitern 12 bis 16 Mt. die Woche. Die Gießertinnen, Malerinnen und Packerinnen bringen es von 4 bis 8 Mark in der Woche. Das sind zweifellos äußerst bescheidene Verdienste. Wir können nicht verstehen, wie die Kollegen und Kolleginnen

damit aus zu kommen vermögen. Hoffentlich greift der Organisationsgedanke noch weiter unter den dortigen Kollegen um sich, damit Aussicht auf eine baldige Besserung besteht.

Vohenstrauss. Wenn wir recht unterrichtet sind, so wurde auch vor einiger Zeit in dem Organ der „Christlichen“ dem „Keramarbeiter“, lebhaft Klage über die in der Seltmann'schen Fabrik vor gekommenen Prügeleien der Arbeiterinnen durch „Beamte“ geführt. Damals bedauerte das „Christliche“ Blatt wohl auch, daß die „Christliche“ Organisation keinen nennenswerten Einfluß in jener Fabrik gewonnen habe. Nun können wir heut die Klage des „Keramarbeiters“ ergänzen. Wie man uns nämlich berichtete, prügelte vor kurzem der in dem „Christlichen“ Verband organisierte Expedient selbst eine Arbeiterin. Selber wurde keine Beschwerde darüber geführt, weil die Arbeiter befürchten, dann ohne Weiteres entlassen zu werden. Da scheinen ja seine Zustände in diesem Betriebe zu herrschen und es kann dann nicht Wunder nehmen, wenn auch in anderer Beziehung vielfach Klage geführt wird. So sind in der Dreherei 45 Maschinenscheiben, von denen nur 11 mit gelernten Drehern besetzt sind, im übrigen arbeiten nur Lehrlinge und jugendliche Ungelernte dort. Diese werden in der Weise ausgenützt, daß man ihnen nur den halben Dreherlohn zahlt, d. h. 17 1/2 bis 20 Pfg. für 100 Schalen. Das Reinigen der Arbeitsräume müssen die Lehrlinge und Mädchen gratis besorgen und sich außerdem noch die Besen selbst kaufen. Die Hilfsarbeiter in der Dreherei erhalten nur dreiviertel des Dreherlohnes; sie müssen jedoch das gleiche Quantum Ware wie diese liefern. In der Malerei herrscht noch immer der „urgemüthliche“ bayrische Ton, bei dem es dem Obermaler auf einen „Lausub“ oder „Sau-Böhm“ mehr oder weniger nicht ankommt. — Freilich liegt auch hier wieder die Schuld für diese Zustände in erster Linie an den Arbeitern selbst. Warum organisieren sie sich nicht und warum lassen sie sich von den Geistlichen in die Ohren blasen, daß ein christlicher Arbeiter auch nur einem „Christlichen“ Verbands angehören darf? So lange die Arbeiter derartigen Einflüsterungen zugänglich sind und so lange sie sich schleichen, drehen, wenden, schimpfen und schlagen lassen, wie es den „Herren“ gefällt, so lange wird es nicht besser werden. Und wir haben daher vor allen Dingen den einen Wunsch, daß die anderen Kollegen es vermeiden, nach Vohenstrauß zu gehen, so lange man von dort nichts Besseres berichten kann.

Vermischtes.

Wunsiedel. Man schreibt uns: Wegen Beleidigung durch die Presse hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht der Redakteur Genosse Schlegel-Nürnberg zu verantworten. Bei den im Mai dieses Jahres in der hiesigen Porzellanfabrik entstandenen Dreherdifferenzen machte sich der Oberdreher Neuther dadurch recht bemerkbar, daß er alles versuchte, um die Streikenden zu bewegen unter Aufgabe ihrer Forderung in den Betrieb zurück zu kehren. Einige Artikel in den Nr. 140 und 141 der „Fränkischen Volkstribüne“ befaßten sich mit der Person Neuthers, wodurch sich dieser beleidigt fühlte. In der Verhandlung gelang es nicht, den vollen Wahrheitsbeweis zu erbringen, aus dem Grunde, weil derjenige, der seine Mitarbeiter verkauft, bekanntlich niemand zuhören läßt. Es kam ein angestrebter Vergleich zustande. Der Strafantrag wird zurück genommen und trägt Beklagter die Kosten. Der amtierende Richter vertrat eine recht eigenartige Ansicht über die Pflicht und Aufgabe eines Vorgesetzten oder Fabrikbeamten. Nach dieser sind die Beamten verpflichtet, nach Ausbruch eines Streiks in einem Betriebe mit allen möglichen Mitteln Ersatz für die Ausständigen herbei zu schaffen, aber auch bei den Ausständigen selbst alles an zu wenden, um die Wankelmütigen zum Streikbruch zu bringen.

Feuilleton.

Der Milliardär.

Die Könige des Stahls, des Petroleums und alle die übrigen Könige der Vereinigten Staaten haben stets meine Einbildungskraft in hohem Maße angeregt. Es schien mir sicher, daß diese Leute, die so viel Geld besitzen, den übrigen Menschen nicht gleichen konnten.

Jeder von ihnen, so sagte ich mir, muß mindestens drei Wagen und hundertfünfzig Zähne sein eigen nennen. Ich zweifelte nicht daran, daß der Millonär von sechs Uhr morgens bis Mitternacht unausgesetzt esse. Selbstverständlich nur die exquisitesten und kostbarsten Speisen! Gegen Abend mußte er dann von der angestrengten Kauarbeit derart ermüdet sein, daß er seinen Negern — so stellte ich mir vor — den Auftrag gab, die Mahlzeiten, die er während des Tages mit Vergnügen ver-

schlungen hatte, zu verdauen. Völlig energielos, mit Schweiß bedeckt und fast erstickend, mußten ihr seine Diener zu Bette bringen, damit er am nächsten Morgen um sechs Uhr wieder fähig wäre, seine Essensarbeit zu beginnen.

Nichtsdestoweniger mußte es einem solchen Manne unmöglich sein, bei aller Mühe, die er sich auch geben mochte, nur die Hälfte der Zinsen seines Vermögens zu verzehren.

Freilich ist ein solches Leben fürchterlich; aber was soll man machen? Wozu ist man Milliardär — was sage ich — Milliardär, wenn man nicht mehr essen kann, als jeder andere gemeine Mensch! Ich stelle mir vor, daß dieses privilegierte Wesen Brotatmosphäre trage, Schuhe mit goldenen Nägeln und anstelle des Hutes ein Brillantdiadem auf dem Kopfe. Seine Kleidung aus teuerstem Sammet gefertigt, müßte wenigstens 50 Fuß lang und mit 300 goldenen Knöpfen geschlossen sein und an Festtagen müßte er notgedrungen sechs Paar kostbare Hosen übereinander ziehen. Eine solche Kleidung ist sicherlich recht unbequem; aber wenn man derartig reich ist, kann man sich doch nicht wie alle Welt anziehen!

Die Tasche eines Milliardärs stelle ich mir so groß vor, daß darin leicht eine Kirche oder der ganze Senat Platz fände. Den Bauch eines solchen Gentleman dachte ich mir wie den Kumpf eines Dampfers, dessen Länge und Breite auszu-denken ich nicht imstande war. Auch von der Größe eines Milliardärs konnte ich mir nie eine klare Vorstellung machen; aber ich setzte voraus, daß die Decke, unter der er schläft, tausend Quadratmeter messe. Wenn er Tabak kaut, war es unstreitig nur die beste Sorte, von der er immer zwei Pfund auf einmal in den Mund steckt. Und beim Schnupfen dachte ich mir, müsse er in einer Prife ein Pfund verbrauchen. Ja, das Geld will ausgegeben sein!

Seine Finger mußten die magische Kraft besitzen, sich nach Belieben zu verlängern. Im Geiste sah ich einen newyorker Milliardär, wie er die Hand über die Behringstraße ausstreckte und einen Dollar, der irgend wohin nach Sibirien gerollt war, zurück holte, ohne sich dabei sonderlich anzustrengen.

Merkwürdigerweise konnte ich mir von dem Kopfe dieses Monstrums keinen rechten Begriff machen. Ein Kopf schien mir in diesem aus gigantischen Muskeln und Knochen bestehenden Organismus, der dazu gemacht ist, aus allen Dingen Geld heraus zu pressen, eigentlich ganz überflüssig.

Wer kann nun mein Staunen begreifen, als ich, einem dieser Fabelwesen gegenüber stehend, zu der Ueberzeugung kam, daß ein Milliardär ein Mensch ist, wie alle anderen.

Ich sah da, bequem in einem Sessel lehrend, einen langen dünnen Greis, der seine braunen, sehnigen Hände über einen Leib von ganz gewöhnlichen Dimensionen gekreuzt hielt. Die schlaffe Haut seines Gesichts war sorgfältig rasiert, die Unterlippe, die schlaff herunterhing, bedeckte solid gebaute Kiefer, in denen vergoldete Zähne steckten. Die Oberlippe, glatt, schmal und blaß, bewegte sich kaum, wenn der Greis sprach. Farblose Augen ohne Brauen, ein ganz kahler Schädel. Man konnte glauben, daß diesem rötlichen Gesicht ein wenig Haut mangelt, diesem Antlitz, das ausdruckslos und gefaltet war, wie das eines Neugeborenen. Begann dieses Wesen erst sein Leben oder näherte es sich schon dessen Ende?

Nichts in seiner Kleidung unterschied ihn von den gewöhnlichen Sterblichen. Ein Ring, eine Uhr und seine Zähne waren alles, was er an Gold mit sich trug! Kaum ein halbes Pfund in allem! Im großen und ganzen erinnerte die Erscheinung des Mannes an die eines alten Dieners einer aristokratischen Familie Europas.

Das Mobilar des Zimmers, in dem er mich empfing, hatte nichts außergewöhnlich Luxuriöses an sich. Die Möbel waren massiv; das ist alles, was man sagen kann. Schonmal kommen Elefanten in dieses Haus; dachte ich unwillkürlich beim Anblick der plumpen, festen Möbelstücke.

„Sind Sie der Milliardär?“ fragte ich, du ich meinen Augen nicht trauen konnte.

„Ja wohl,“ antwortete er, indem er überzeugend mit dem Haupte nickte.

„Wie viel Fleisch können Sie zum Frühstück verzehren?“

„Ich esse des Morgens kein Fleisch,“ gestand er.

Seine unschuldigen Kinder-Augen blinkten in einem matten Glanze, wie zwei Tropfen trüben Wassers.

„Gut,“ begann ich wieder, halb aus der Fassung gebracht, „aber seien Sie ehrlich, sagen Sie mir die Wahrheit. Wie oft des Tages essen Sie?“

„Zweimal,“ antwortete er ruhig. „Frühstück und Mittagbrot genügen mir. Mittags nehme ich Suppe, ein wenig weißes Fleisch, ein Gemüse, Obst, eine Tasse Kaffee, eine Zigarre.“

Meine Ueberraschung wuchs zusehends. Ich holte Atem und fuhr fort:

„Aber, wenn das wahr ist, was machen Sie mit Ihrem Gelde?“

„Wieder Geld!“

„Warum?“

„Um daraus wieder Geld zu machen!“

„Warum?“ wiederholte ich.

Er beugte sich zu mir, die Hände auf die Lehnen des Fauteuills gestützt und mit etwas Neugierde im Ausdruck sagte er:

„Sie sind wohl närrisch?“

„Und Sie?“ erwiderte ich.

Der Greis neigte den Kopf, und indem er leise durch das Gold seiner Zähne pfiß, sagte er:

„Drolliger Schächer! . . . Sie sind der erste Mensch Ihrer Gattung, den ich kenne.“

Dann lehnte er den Kopf zurück und blickte mich einige Zeit hindurch schweigsam und prüfend an.

„Was machen Sie?“ begann ich von neuem.

„Geld,“ antwortete er kurz.

„Ah, Sie sind Falschmünzer!“ rief ich freudig aus, denn ich meinte, das Mysterium endlich ergründet zu haben. Aber der Milliardär fuhr auf. Sein ganzer Körper schüttelte sich, seine Augen rollten lebhaft.

„Das ist unerhört!“ sagte er, als er sich beruhigt hatte. Dann blähte er die Backen auf; ich weiß nicht warum.

Ich überlegte und stellte noch folgende Frage an ihn:

„Wie machen Sie Geld?“

„Ah, das ist sehr einfach. Ich besitze Eisenbahnen: die Farmer produzieren Gebrauchsartikel, die ich zu den Märkten transportiere. Ich rechne mir genau aus, wie viel Geld ich dem Farmer lassen muß, damit er nicht verhungere und weiter produzieren könne. Den Rest behalte ich mir als Transportkosten. Das ist doch sehr einfach!“

„Und sind die Farmer damit zufrieden?“

„Nicht alle, glaube ich,“ antwortete er mit einer naiven Kindlichkeit. „Aber man sagt, daß die Leute niemals zufrieden sind. Es gibt immer Originale, die noch mehr verlangen.“

Soit!

Versammlungsberichte etc.

m. Arzberg. Die auf den 4. November einberufene Zahlstellen-Versammlung war von 120 Mitgliedern besucht. Es lagen 19 Anmeldungen vor; 18 wurden ohne Beanstandung dem Hauptvorstand zur Aufnahme überwiesen. Ueber die Neuanmeldung Ernst Mülzer, der erst vor kurzem nach § 3^a des Statuts vom Verbands ausschloffen war, entspann sich eine lebhafte Debatte und kam die Versammlung zu dem Beschluß, das Gesuch um Wiederaufnahme in den Verband dem Hauptvorstand nicht zu befürworten. Auch das Gesuch des Mitgliedes 718 Hans Zeidler, um Zurücknahme des Ausschlußantrages beim Hauptvorstand, wurde von der Versammlung zurück gewiesen, da die Verfehlungen, welche sich genanntes Mitglied zu schulden kommen ließ, derartiger Natur sind, daß diesem in Zukunft kein Vertrauen von der Zahlstelle mehr entgegen gebracht werden kann. Auch sprach sich die Versammlung dahin aus, daß der Hauptvorstand in dieser Sache (Hans Zeidler) bald beschließen möchte. Der Bericht der Vertrauensleute über die Ausführung der Statistiken und Kontrolle der Lohnbücher war nicht zufriedenstellend. Bei verschiedenen Branchen werden die Lohnbücher wieder so zeitig eingefordert, daß der betreffende Vertrauensmann nicht Zeit findet, dieselben zu kontrollieren. Weiter wurde von den Vertrauensleuten berichtet, daß verschiedene Mitglieder die Vorzeigung der Lohnbücher verweigern, ja daß sie sogar mit Grobheiten empfangen werden. Diese Mitglieder wollen wir auf das Statut verweisen, wonach sie verpflichtet sind, die Lohnbücher den Vertrauensleuten vor zu zeigen. Sollten sie dieses bei der nächsten Kontrolle wieder verweigern, so sind wir verpflichtet, es dem Hauptvorstand zu melden und haben sich dann diese Mitglieder die Folgen selbst zuzuschreiben. Ueber das Thema: „Partei und Gewerkschaft“ entspann sich eine anregende Debatte und verschiedene Geschlossen sprachen sich dahin aus, daß die Partei und die Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten müssen, wie dies auf dem Parteitag in Mannheim betont wurde. Ferner wurden die Mitglieder auch darauf aufmerksam gemacht, den Parteiorganisationen bei zu treten, und die Parteipresse mehr zu lesen, da dies die einzige Presse ist, die die Arbeiterinteressen wirksam vertritt, was man von der Presse, welche meistens noch von den Arbeitern gelesen wird (z. B. Nordbayerische Zeitung u. s. w.) nicht sagen kann, im Gegenteil diese Presse immer den Vorteil des Kapitals und der Unternehmer vertritt.

f. Berlin. In einer öffentlichen Versammlung der Porzellanarbeiter sprach am 3. November Redakteur Genosse Bloch über den theoretischen Teil des Erfurter Programms. Zweck dieser Versammlung war eine Schilderung der heutigen Gesellschaft und ihres Entwicklungsganges, um auf Grund der hierdurch erlangten Kenntnis besser in der Lage zu sein, in den nun folgenden Versammlungen über Mittel und Wege diskutieren zu können, welche eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung herbei zu führen, geeignet sind. Aus diesem Referat heben wir Folgendes hervor: „Die Produktionsweise der heutigen Zeit ist durchaus anders geartet wie die von ehemals. Nicht nur im Vergleich zur Produktion für den Selbstgebrauch, also kommunikativen, sondern auch im Vergleich zu jener Zeit, wo die Warenproduktion noch

nicht jenen Grad der Entwicklung erreicht hatte, den sie heute besitzt. Die Fortschritte der Technik und andere Umstände ermöglichten den Großbetrieb, dessen Vordringen die Lebensfähigkeit des Kleinbetriebes und der Manufaktur nicht nur untergräbt und erschüttert, sondern direkt verhindert. In diesen modernen Produktionsstätten kann, infolge der Arbeitsteilung und namentlich der Maschine, jeder Arbeiter in einer bestimmten Zeit bedeutend mehr Produkte erzeugen wie in derselben Zeit vordem. Diese oft um das Hundertfache erleichterte Produktion werde aber nicht, wie man es erwarten müsse, ein Vorteil für alle Mitglieder der Gesellschaft, sondern den Nutzen dieser gesteigerten Produktionsfähigkeit haben einzig und allein die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Eine Beseitigung dieser, für die große Masse der Bevölkerung unerträglichen Zustände könne nur herbei geführt werden durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, diese müssen in den Besitz der Gesamtheit überführt werden. An Stelle der heut herrschenden Warenproduktion müsse die Produktion für den Selbstgebrauch treten, und zwar nicht die, wie sie ehemals in den urkommunistischen Zeiten existierte, sondern wie sie aufgebaut werden könne auf der Entwicklung der Produktivkräfte entsprechender Form. Der Entwicklungsgang der heutigen Gesellschaft selbst bietet uns die Gewähr dafür, daß diese Umgestaltung, die Beseitigung der heute bestehenden Eigentumsordnung, sicher erfolgen wird. Während der Kleinbetrieb seinem Untergange nicht mehr ausweichen kann und auch die kleinen Kapitalisten immer schwerer um ihre Existenz zu kämpfen haben, sind es die großen Kapitalisten, welche immer kolossaleren Reichtümern zusammen häufen, sind es die Riesenbetriebe welche immer mehr die kleinen Betriebe verschlingen oder doch zu direkter Abhängigkeit von sich zwingen. Die Tendenz der kapitalistischen Produktionsmittel mehr und mehr zu verringern, während die Zahl der Besitzlosen in ständiger Vergrößerung begriffen ist; damit steigen aber auch die Gegensätze und Widersprüche bis zum Unerträglichen und werden hierdurch die Besitzlosen, als Klasse der Ausgebeuteten geradezu gezwungen gegen die heutige Eigentumsordnung Sturm zu laufen. Die Kämpfer gegen die herrschenden unnatürlichen Zustände finden sich zusammen in den Reihen der Sozialdemokratie. Auf die bürgerlichen Parteien sei keinerlei Verlaß. Um dem drohenden Umsturz vorzubeugen, empfehlen diese Parteien soziale Reformen. Aber alle die Widersprüche und Gegensätze welche nur Folgen der kapitalistischen Produktionsweise sind, seien durch keinerlei Reformen im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung dauernd zu beseitigen. Nur durch Aufhebung der gegenwärtigen Eigentumsordnung kann für die, unter den bestehenden Zuständen Leidenden eine dauernd zufriedenstellende Lage herbei geführt werden. Diese Umwälzung aber werde nur vor sich gehen, wenn die arbeitende Klasse im Staate zur herrschenden geworden sei. Aus dieser Erkenntnis betrachte die Sozialdemokratie als Partei der Ausgebeuteten und Unterdrückten die Eroberung der politischen Macht als dringende Notwendigkeit.

In der Diskussion wurde ausgeführt, daß, so lange die Sozialdemokratie die Macht zur Durchführung ihrer Ziele nicht habe, neben der politischen Partei noch eine andere Bewegung hergehe. Es sei vom Referenten gezeigt worden, wie der Kapitalist dem Arbeiter nur einen Teil des von diesem geschaffenen Wertes in Gestalt des Lohnes auszahle, den Rest aber in die eigene Tasche stecke. Um die Größe dieses zurückbehaltenen Teiles finde nun ein ständiges Ringen zwischen Arbeiter und Kapitalist statt. Dieser Kampf werde von der Arbeiterschaft geführt durch ihre ökonomischen Organisationen. Ueber diesen Teil der Arbeiterbewegung, also über die Gewerkschaften, werde Genosse Zietsch am 1. Dezember einen Vortrag halten.

m. Kahla. Die Versammlung am 4. November war von 200 Personen besucht und hatte wahrscheinlich das schöne Wetter viele hinaus ins Freie gelockt. Wir meinen aber angesichts des Referates des Gen. Josef Seelmann über „Machtfragen“, hätte es jeder organisierte Porzelliner als seine Pflicht betrachten müssen, in die Versammlung zu gehen und seine nicht organisierten Nebenarbeiter mit zu bringen. Zum Kassenericht pro 8. Quartal gibt Gen. Bühl folgendes bekannt: Verbandskasse: Einnahme 5041,05 Mk., Ausgabe 4787,56 Mk., Bestand 303,49 Mk. — 12 pSt.-Fonds: Einnahme 926,68 Mk., Ausgabe 705,15 Mk., Bestand 221,48 Mk. — Dertlicher Unterstützungsfonds: Bestand vom II. Quartal 282,06 Mk., Ausgabe 64,50 Mk., Bestand 217,56 Mk. — Streikmarken wurden 1516 Stück verkauft. — Neu eingetreten sind 56, zugereist 15, vom Militär zurück kamen 3, zum Militär gingen 9, abgereist sind 31, abgemeldet wurden 13, gestorben ist 1 und gestrichen sind 10 Mitglieder. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 600. Der Kassierer wird hierauf entlastet. Diesem Teil der Versammlung durften die minderjährigen Mitglieder mit beiwohnen, während sie, nachdem Genosse Seelmann das Wort erhalten hatte, von dem überwachenden Beamten aufgefordert wurden, das Lokal zu verlassen. Genosse Seelmann hielt darauf seinen Vortrag und forberte am Schlusse seiner 1 1/2 stündigen Rede die Anwesenden auf, soweit dies noch nicht geschehen ist, sich zu organisieren. Denn nur in der gewerkschaftlichen Organisation liegt die Gewähr einer besseren Zukunft für die Arbeiter. Reicher Beifall legte Zeugnis davon ab, daß der Referent allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Und nun, Genossen von Kahla! Nicht damit hat man seine Pflicht als zielbewußter Gewerkschaftler getan, daß man in die Versammlung geht und dem Referenten nach einem guten Referate Beifall spendet, sondern, daß man das Gesagte beherzigt und darnach handelt. Und dazu haben wir in Kahla die allerbeste Gelegenheit. Es bedarf aber der Mithilfe eines jeden von uns aufgestellt nennenden Arbeiters um das große noch brach liegende Stück Land urbar zu machen. Denn ein jeder tüchtige Kollege wird zugeben müssen, daß von ca. 1600 am Orte befindlichen Porzellanarbeitern die Zahl 800, welche zu unserer Sache halten, eine ziemlich kleine ist und wir samt und sonders noch viel zu tun haben, sollen wir der Segnungen unserer Hände Arbeit teilhaftig werden. Wenn es auch den Minderjährigen nicht vergönnt war, sich die schönen Worte unseres Genossen Seelmann mit anhören zu können, so wird es an allen denen liegen, welche das Bergangen hatten, diesen trefflichen Worten zu lauschen, das zu tun, was bei jungen Leuten kraft der Geseze verwehrt ist, nämlich, sie aufzuklären und sie als tüchtige Kampfgenossen zu erziehen. Dann handeln sie im Sinne des Referenten zu unserer aller Wohl.

b. Köppelsdorf. Der Vorsitzende eröffnete die am 12. November statt gefundene Versammlung und wies zugleich darauf hin, daß kein Bibliotheksbuch der Zahlstelle länger als 4 Wochen behalten werden darf, ohne dem Bibliothekar Mitteilung zu machen. Nachdem ein Dank-

Schreiben des Gen. Ehrlinger, in welchem er mit warmen Worten der Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft gedachte, verlesen war, begann Gauleiter Hoffmann sein Referat: „Was hat der Arbeiter vom gegenwärtigen guten Geschäftsgang? Genosse Hoffmann ließ die Krisen- und Hochkonjunkturjahre von 1871 bis jetzt vorbeistressen, und wies darauf hin, daß nur der organisierte Arbeiter etwas bei gutem Geschäftsgang heraus schlagen kann, da er bei Stellung von Forderungen mehr Aussicht auf Erfolg hat als Unorganisierte. Das Alfordsystem verurteilte Redner aufs Äußerste und brauchte den Ausdruck eines bürgerlichen Professors: „Alford ist Mord“. Denn ist der Arbeiter aufs Äußerste ausgebeutet, so wird er gleich einer ausgepöckelten Zitrone auf die Straße geworfen. Die Riesenprofite der Altiengewerkschaften, welche stetig im Wachsen begriffen sind, bieten ein klares Bild, daß die Porzellanfabriken Goldgruben für die Unternehmer und Schwindsuchtsbuden für die Arbeiter sind. Das beste Mittel um Ueberproduktion zu verhüten, besteht darin, die Arbeitszeit zu verkürzen, aber nicht durch Blaumachen, sondern durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und dies ist wiederum nur durch die Organisation möglich. Der Gauleiter wies zum Schluß auch noch auf die Erfolge in Eisfeld, Raghütte, Unterweißbach usw. hin, wo durch die Organisation annehmbare Zugeständnisse erreicht wurden. Darum muß es auch Pflicht jeder Arbeiterin sein, mit dem Manne gemeinsam bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, damit auch sie einer besseren Zukunft entgegen geht. Unter Verschiedenem gab der Revisor den Kassen-Abschluß bekannt und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die Einnahme balanciert mit 1184,85 Mk., 12 pSt.-Fonds Einnahme 448,11 Mk., Ausgabe 242,27 Mk., Bestand 205,84 Mk. Die Mitgliederzahl hat durch die letzten Hausagitationen erfreulicherweise wieder um 100 zugenommen. Nur weiter so und auch der letzte Indifferenten sucht Schutz gegen Lohnrückerei in unseren Reihen. Der Vorsitzende erinnerte noch ferner an die regelmäßige richtige Ausfüllung der Lohnstatistiken, da sich doch sonst die Mitglieder selbst belügen. Nachdem noch ein Appell an die Mitglieder gerichtet war, sich auch politisch zu organisieren und die Parteipresse zu unterstützen, wurde die von ca. 800 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

1. Volksstadt. Am 2. November fand hier eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt. Arbeitersekretär Seelmann-Kronach referierte über „Machtfragen“. Referent entledigte sich seiner Aufgabe in geschickter Weise. An der Hand der vielen, uns von dem Unternehmertum aufgezwungenen Kämpfe in den letzten Jahren weist er nach wie von einem großen Teil der Unternehmer auch die bescheidensten Forderungen der Arbeiter als Machtfragen hingestellt werden, wie hilfsbereit Polizei und Behörden dem Unternehmertum sofort bei springen. Redner berührt die Lebensmittelverteuerung, welche bereits annähernd 40 pSt. beträgt, wodurch naturgemäß Unterernährung eintreten muß. Wo bleibt die Erhöhung der Arbeitslöhne? Rein Wunder, wenn das Durchschnittsalter in unserm Beruf nur 29 Jahre beträgt. Der Redner geht dann auf die Ausbeutung der Arbeiterinnen ein und geißelt das sittliche Verhalten einzelner Unternehmer gegenüber den Arbeiterinnen, sowie die verwerfliche Kinderarbeit, die leider gerade in unserm Beruf, besonders in Thüringen in der Hausindustrie, noch in Blüte ist und appelliert an die Eltern, ihre Kinder dieser Ausbeutung zu entziehen. Mit einem Appell an die Unorganisierten, sich nicht länger der Organisation fern zu halten, schließt Redner seine Ausführungen, wofür ihm von den 150 Personen zählenden Zuhörern reicher Beifall gezollt wird. In der Diskussion kommt das in der „Ameise“ bereits veröffentlichte Anschreiben an die hiesigen Unternehmer zur Sprache, worauf wir jedenfalls später zurück kommen werden. Es wird bekannt gegeben, daß jetzt nur zwei Unternehmer darauf antworteten. Die übrigen sieben Fabrikanten halten es nicht einmal der Mühe wert, zu antworten. Der Direktor der alten Fabrik wollte sich gern in einer Versammlung darüber aussprechen, doch heute glänzt dieser Herr durch Abwesenheit. Auf eine Anfrage über einen im „Thüringer Volksblatt“ veröffentlichten Haushaltsplan eines Arbeiters aus Hamburg antwortet der Referent im Schlußwort: Es sei zu wünschen, daß von der Generalkommission eine Statistik in den verschiedenen Gewerkschaften aufgenommen wird, über Einnahmen und Ausgaben im Arbeiter-Haushalt (wenigstens von einem Teil). Diese Statistik könne dann im Reichstag Verwendung finden, wenn wieder einmal die Unterernährung der Arbeiter gelehnet wird. Auch dem Selber Verband widmet der Redner einige Worte und betont: Daß dieser nur als ein Keil der Unternehmer gegenüber unserm Verband angesehen werden kann. — Nachdem der Redner die gelehrten Arbeiter aufgefordert hatte ihren unnützen, zum Teil noch vorhandenen Porzellanerbsitz ab zu streifen und mehr wie bisher mit den ungelerten und Hilfsarbeitern in aufklärender Weise zu verkehren, um diese unserer Organisation zugänglich zu machen, wurde die Versammlung geschlossen. Fünf der Anwesenden wurden als Mitglieder aufgenommen.

Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

In sämtlichen bis zum Jahresluß statt findenden Monatsversammlungen der Zahlstellen ist vor allen Dingen die Frage der Lohnstatistik pro 1906 in einer den betreffenden Artikeln in Nummern 45 und 46 der „Ameise“ entsprechender Weise zu behandeln.

- Amberg.** Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf der Alm. Lohnstatistiken mit bringen. Neuwahl der Verwaltung.
- Arzburg.** Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 1/2 3 Uhr. Neuwahlen. Einforderung der Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher.
- Berlin II (Schilbermalerei).** Donnerstag, 6. Dezember, 8 Uhr, in Dräsets Festhallen, Neue Friedrichstr. 35. General-Versammlung.
- Bonn.** Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Maier.
- Cassel.** Sonnabend, 1. Dezember, im Römischen Kaiser. Neuwahl der Verwaltung. Lohnstatistiken mit bringen.
- Charlottenburg.** Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3. Verwaltungswahl.

Döbeln. Sonnabend, 1. Dezember, 8 Uhr, in Schmidts Restaurant Neugasse.

Eiberfeld. Sonnabend, 1. Dezember, 9 Uhr, im Volkshaus. Verwaltungswahl.

Frankfurt a. M. Sonnabend 8. Dezember, 8 Uhr, bei Gittfried, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 58. Verwaltungswahl. Bibliotheksbücher mit bringen.

Freiberg. Sonnabend 1. Dezember, 8 Uhr, im „Schlachthof“. Neuwahl der Verwaltung.

Fürstenberg. Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Paul Schleier. Generalversammlung. Neuwahl der Verwaltung.

Gaggenau. Mittwoch, 5. Dezember, 6 1/2 Uhr, im Gasthof zum Hecht. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.

Gotha. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, in der Erholung. Neuwahl.

Gräfenhain. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Gasthof zum Steiger. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Gräfenhain. Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Schießhaus. Vorstandswahl.

Hamburg. Dienstag, 4. Dezember, 9 Uhr, bei D. Lange, Bartelsstr. 5.

Ilmenau. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, zur „Rosenau“. Verwaltungswahl. Brenner und Schmelzer-Versammlung Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr.

Kahla. Sonnabend, 1. Dezember, 8 Uhr, im „Thüringer Hof“ bei Löbisch. Neuwahlen.

Katzhütte. Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Gasthaus zum Schwarzthal bei Robert Hösch. Vorstandswahl.

Kronach. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Bayerischen Hof. Verwaltungswahl.

Leipzig. Sonnabend, 9. Dezember, 8 1/2 Uhr.

Magdeburg. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Markt-Redwitz. Sonnabend, 1. Dezember, 8 Uhr, im Hotel Kaiserhof. Neuwahl.

Meissen. Sonnabend, 1. Dezember, 8 Uhr, in „Dämmerhaus“. Neuwahl. Vortrag.

München. Sonnabend, 1. Dezember, im Restaurant Almit.

Neustadt b. Coburg. Sonnabend, 1. Dezember, 7 1/2 Uhr, im Bergschlösschen. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen. Verwaltungswahl.

Ohrdruf. Montag, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, in Alts Felsenteller. Neuwahl der Verwaltung.

Oberland-Sonneberg. Montag, 10. Dezember, 8 Uhr, bei Gruner. Neuwahl der Verwaltung. Lohnstatistiken sowie Bibliotheksbücher mit bringen.

Plesau. Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr, b. Hugo Lange.

Pössa. Freitag, 7. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Neuwahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Rehau. Sonnabend, 1. Dezember, bei Scholz Rattelberg. Generalversammlung. Sämtliche Lohnstatistiken abgeben.

Schwarzenbach. Sonnabend, 1. Dezember, 8 Uhr, b. Köppel. Neuwahl.

Sold. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr. Generalversammlung bei Mag Krauthelm. Neuwahl der Verwaltung.

Schirnding. Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr b. Fritz Kaiser.

Schorndorf. Sonnabend, 1. Dezember, 8 Uhr, im weißen Lamm. Lohnstatistiken mit bringen. Neuwahl.

Schmiedefeld. Sonntag, 2. Dezember, 7 Uhr, bei Carl Hauelsen. Neuwahl der Vorstände. Quittungsbücher mit bringen.

Spandau. Sonnabend, 8. Dezember, Richelsdorferstr. 5. Neuwahl.

Schönwald. Sonnabend, 1. Dezember, im Vereinslokal. Neuwahl der Verwaltung.

Sitzendorf. Montag, 10. Dezember, abends 1/8 Uhr, bei Höhle. Neuwahl der Verwaltung. Lohnstatistiken mitbringen.

Stadtilm. Sonnabend, 1. Dezember, 8 Uhr, im Schießhaus. Neuwahl. Sämtliche Bibliotheksbücher sind mit zu bringen.

Tiefenfurt. Sonnabend, 8. Dezember, 8 Uhr, im Vereinslokal. Neuwahl.

Vogesack. Sonntag, 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal W. Oberbeck. Verwaltungswahl und Agitation-Kommission. Lohnstatistiken mit bringen.

Vordamm. Sonntag, 2. Dezember, nachm 3 Uhr, im Rittergutgarten.

Wallendorf. Montag, 3. Dezember, im Bahnhof-Hotel Wallendorf. Lohnstatistiken mit bringen.

Waltershausen. Dienstag, 4. Dezember, 8 Uhr, im Deutschen Haus. Genosse Hoffmann ist anwesend.

Zell a. H. Sonntag, 9. Dezember, nachm 1/3 Uhr im Bad. Hof. Neuwahl. Statistik und Bibliotheksbücher mit bringen.

Adressen-Nachtrag.

Deesbach. Bf.: Hermann Jahn II. Schf.: Otto Jahn II. Hilmar Jahn. Kv.: Liebrecht Bähring II. Oskar Jahn. Bismarckstr. 17a.

Ludwigsburg. Bf.: Rudolf Söhnel, M., Bogenstr. 17a.

Sörnewitz. Bf.: Gg. Meizer, D., Weinböhl, Schenke, Schf.: Karl Förster, D., Dresden-Trachau, Leichstr. 2 II. Bruno Rämmler, M., Naundorf bei Kößgenbreja, M., Leichstr. 86. Bf.: Mich. Jesemann, Sortierer, Weinböhl, Schenke, Leichstr. 36. Emil Mittelstädt, D., Brodowig, Chr. Leichstr. 86. Paul Schabig, S., Niederan 73. Paul Köblich, D., Brodowig, Chr. Leichstr.

ANZEIGEN.

Berlin II & III. Öffentliche Versammlung, Sonnabend, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Saal I Engel Ufer 15. Vortrag des Genossen Zietlich: „Die Notwendigkeit der Organisation.“ Zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend nötig.

Judenbach. Montag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, bei A. Diez, Thüringer Wald: Öffentliche Volksversammlung. Thema: „Jesus und die Armen.“ Referent: Herr A. W. Stern, Schriftsteller aus Berlin.

Schedewitz. Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet im Schmidtschen Gasthof in Vorderneudorf eine öffentliche Porzellanarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung statt mit nachstehender Tagesordnung: 1. Wahl der Vertrauensleute. 2. Vortrag über: Die Entwicklung der Gewerkschaften und ihr Nutzen für die Arbeiterklasse. 3. Diskussion und Verschiedenes. Referent: Kollege Tau in a n n - Wunsiedel. Es werden hierzu die Kollegen und Kolleginnen von Oberhohndorf und Fraureuth freundlichst eingeladen. Zahlreichen Besuch steht entgegen. Der Clubreferent.

Öffentl. Versammlungen. Wabendorf. Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr in Albrechts Gasthaus. Goldarbeiter: Sonntag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr im Gasthaus „Drei Linden“. Cuhl: Montag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr im „Dombergs Ansicht“. Tagesordnung: „Die Lage der Thüringer Porzellanarbeiter“. Referent: Gauleiter Emil Hoffmann.

Ausserordentliche Versammlungen.

Martinsroda: Sonnabend, 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Thüringer Wald.“ **Geschwenda:** Sonntag, 2. Dezember, nachm. 8 Uhr, in „Merkels Gasthaus“. **Gera:** Sonntag, 2. Dezember, abends 8 Uhr, in „Kesslers Gasthof“. **Schleifungen:** Montag, 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, „Zur Krone“. **Eisfeld:** Dienstag, 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Hirsch“. Tagesordnung in allen Versammlungen: „Machtfragen“. Referent: Arbeitersekretär J. Seemann-Kronach.

Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

Maler, tüchtig im Kolorieren, Öl- und Lackmalerei, sucht dauernde Stellung. Gef. Off. u. P. B. 100 an die „Ameise“ erbeten.

Maler, auf Herbe gut eingearbeitet, bei gutem Lohn und dauernder Stellung zum baldigen Eintritt gesucht. Werner Herbfabrik, G. m. b. H., Herne i. W.

Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2gespaltenen Pettzeile oder deren Raum 80 Pfennige. Vorausbezahlung ist Bedingung.

Goldschmied sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher, reeller Bedienung **Martin Kaufmann, Zwickau, Sa., Grimmitzauerstr. 27.**

Goldabfälle, Flaschen zc. werden angekauft und ausgeschmolzen bei schneller und reeller Bedienung.

Pinsel alle Sorten nur bester Qualität. Billige Preise. Streifen-Borstens-Pinsel zum Goldrändern. Versandt auch in kleineren Posten empfiehlt **Max König, Kahla S.-A.**

Goldschmied, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.**

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A., Gneissaustr. 6.**

Goldschmied, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Man verlange Prospekt. Aeltester Geschäft dieser Art.

Staubgold * Goldwatte * Glanzgold und alle in der Berggoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

Goldschmied u. alle goldhaltig. Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Prozentspro fre!) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterwehstr. 18.**

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl, Niederplanitz b. Zwickau in Sachsen.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Fritz Zietlich, Charlottenburg, Rossmannstr. 9. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.